

## Presseerklärung des Willy-Brandt-Kreises, 5. Mai 2020

### Kein nukleares Wettrüsten mit neuen atomwaffenfähigen Kampfflugzeugen in Europa!

SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich hat erklärt, dass US-amerikanische Atomwaffen auf deutschem Boden die Sicherheit Deutschlands nicht erhöhen. Dem ist vollständig zuzustimmen. Deutsche Kampfflugzeuge würden im Kriegsfall diese inhumanen Massenvernichtungswaffen auf europäische Ziele werfen. Ihre militärische Rolle und die zugrundeliegenden Einsatzentscheidungen sind unklar oder der Öffentlichkeit nicht bekannt sind. Ein Atomkrieg, der Europa zerstören würde, wäre eingeleitet.

Im Sinne der Kriegsverhütung, also der Abschreckung, machen neue „substrategische“ Atomwaffen keinen Sinn. Sie wären ein zusätzliches Ziel für Gegner mit eigenem Atomwaffenarsenal. Ihr Zerstörungspotenzial ist zudem mit dem humanitären Völkerrecht nicht vereinbar. Die NATO sieht sich bis heute als „nukleare Allianz“ und beteiligt sich weder mit eigenen Abrüstungsvorschlägen noch mit einer Änderung ihrer Nukleardoktrin an der Debatte. Als größte Nuklearallianz der Welt fürchtet sie allenthalben eine nukleare Erpressung durch Russland.

Kritiker des Vorstoßes von Rolf Mützenich befürchten, Deutschland setze seine Bündnisfähigkeit aufs Spiel. Die Befürworter des Aufrechthaltens der „nuklearen Teilhabe“, auch in der SPD, führen ins Feld, dass Deutschland Einfluss und Mitsprache auf die Nuklearplanung der USA verlieren würde. Dieser Einfluss ist aber bis heute ein frommer Wunsch. Über alle Belange von Atomwaffen wird in Washington entschieden. Die US-Nuklearpolitik unter Trump favorisiert jetzt neue, treffgenaue Atomwaffen mit geringerer Sprengkraft, oder seegestützte Marschflugkörper. Einfluss auf die neue Kriegsführungsdoktrin, die die nukleare Einsatzschwelle höchst gefährlich senken kann, haben die NATO-Staaten nicht.

Zweifel an einer rein politischen Rolle der Abschreckung weckt Washington D.C. selbst: Präsident Trump setzt auch in der Verteidigungspolitik auf „America First“ und ignoriert europäische Sicherheitsinteressen. Mit der einseitigen Kündigung des INF-Vertrages und dem fortschreitenden Desinteresse der US-Regierung u.a. bei der Nichtweiterführung des New START-Vertrages droht ein neues Wettrüsten, an dem sich Deutschland nicht beteiligen sollte.

Die weltweite Pandemie Sars-Cov-2 zeigt eindringlich, dass die Bedrohungen der Zukunft in Bereichen wie einer sinnvollen Gesundheitsvorsorge, einem Management des Klimawandels oder dem Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen liegen und nicht im Bereich nationalistischer militärischer Sicherheit oder gar in der Modernisierung und Erneuerung von Atomwaffen. Ein neues atomares Wettrüsten würde nicht nur enorme Mengen von Geld verschlingen, die nun an anderer Stelle gebraucht werden, sondern auch neue gefährliche Bedrohungen heraufbeschwören, die katastrophale Konsequenzen haben würden.

Was also ist zu tun?

1. Eine Neustationierung von Trägersystemen und neuen Atomwaffen sollte bis zum Ende der Legislaturperiode ausgesetzt werden.
2. Damit die längst überfällige öffentliche Debatte in Deutschland über die Rolle der Nuklearwaffen in Europa sachgerecht geführt werden kann, sollte die Große Koalition eine Arbeitsgruppe, bestehend aus erfahrenen Politikern, Wissenschaftlern, Diplomaten und Militärs einrichten, um diese Debatte und mögliche Optionen für Deutschland vorzubereiten.
3. Es wäre wünschenswert, wenn die deutschen Vertreter diese Debatte auch in die Nato tragen würden.

Heidemarie Wieczorek-Zeul  
Elmar Brähler  
Peter Brandt  
Daniela Dahn  
Ute Finckh-Krämer  
Lutz Götze  
Rainer Land  
Hans Misselwitz  
Irina Mohr  
Götz Neuneck  
Rolf Reißig  
Paul Schäfer  
Friedrich Schorlemmer  
Antje Vollmer  
Christoph Zöpel